Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/021(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 02.09.2022	Ratssaal	15:00 Uhr	17:30 Uhr

Leitung: Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.05.2022 - öffentlicher Teil -
sowie der Niederschriften der Sondersitzungen vom 03. 06. 2022
und 30.06.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Verwaltungsrat DS0361/22
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.2 Verbandsversammlung des Zweckverbandes DS0362/22
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.3 Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und I0166/22
Einmündungen in Stadtfeld-Ost
BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung

6	Anträge	
6.1	Städtepartnerschaftsvertrag mit Dublin (Republik Irland) CDU-Ratsfraktion	A0136/22
6.1.1	Städtepartnerschaftsvereinbarung mit Dublin (Republik Irland) BE: Oberbürgermeisterin	S0278/22
6.2	Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0099/22
6.2.1	Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen BE: Oberbürgermeisterin	S0205/22
6.3	Verfügungen den Stadträten zugänglich machen Fraktion AfD	A0072/22
6.3.1	Verfügungen den Stadträten zugänglich machen BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0150/22
6.4	Vorsorge im Kastastrophenfall Blackout Fraktion AfD	A0076/22
6.4.1	Vorsorge im Katastrophenfall Blackout BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0167/22
6.5	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0086/22
6.5.1	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	S0186/22
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Carola Schumann

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Vertreter

René Hempel

i.V.f. SR'in Lösch

Michael Hoffmann

i.V.f. SR Schuster

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Nadja Lösch

Frank Schuster

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.05.2022 - öffentlicher Teil - sowie der Niederschriften der Sondersitzungen vom 03. 06. 2022 und 30.06.2022

Die Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 05. 06. 2022 sowie der Sondersitzungen vom 03. 06. 2022 und 30. 06. 2022 – öffentlicher Teil – werden genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

**5.1. Verwaltungsrat
Vorlage: DS0361/22**

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches 02 Frau Behrendt teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf den ersten Absatz des Beschlussvorschlages und regt an, die Formulierung „auf Vorschlag der Fraktionen“ zu entfernen.

Im Weiteren sieht er es kritisch, die Abwahl bzw. die Wahl als Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse MagdeBurg rückwirkend zum 01. 07. 2022 vorzunehmen. Logischer wäre für ihn der Termin 01. 09. 2022. Begründend verweist er darauf, dass es sich hier um eine Bestellung bei einem Zweckverband handelt.

Die Fachbereichsleiterin Frau Behrendt stellt klar, dass es sich hier um einen Vorschlag handelt. Letztendlich wählt die Verbandsversammlung des Zweckverbandes.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, merkt an, dass der ehemalige Oberbürgermeister zum 01. 07. 2022 nicht mehr Mitglied des Stadtrates war und somit eine rückwirkende Abwahl unproblematisch sei.

Der zur Sitzung anwesende Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Platz führt aus, dass die Abwahl des ehemaligen Oberbürgermeisters unstrittig sei. Somit sei auch klar, dass die neue Oberbürgermeisterin die Mitgliedschaft übernimmt und hierfür legitimiert werden muss.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass die Wahl durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes erst im Oktober stattfindet. Er bittet darum, bis zur Sitzung des Stadtrates am 06. 10. 2022 eine entsprechende rechtliche Prüfung vorzunehmen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen dem Stadtrat mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0361/22 in seiner Sitzung am 06. 10. 2022 zu beschließen.

Hinweis: Im Ergebnis der erfolgten Prüfung ist folgendes mitzuteilen:

Gem. § 5 Abs. 4 der öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung über die Übertragung der Trägerschaft im Zusammenhang mit der Vereinbarung der Sparkasse Magdeburg und der Sparkasse Jerichower Land und die Bildung des Zweckverbandes für die Sparkasse Magdeburg soll der Oberbürgermeister (die Oberbürgermeisterin) der LH MD von der Verbandsversammlung zum (zur) Verwaltungsratsvorsitzenden gewählt werden. Der Verwaltungsratsvorsitz ergibt sich demnach "faktisch" kraft Amtes, obwohl formal eine Wahl stattzufinden hat. Aufgrund dieser Konstellation (Verwaltungsratsvorsitz kraft Amtes mit Wahlverfahren) und zur Gewährleistung eines nahtlosen Übergangs erfolgt der Vorschlag an die Verbandsversammlung rückwirkend.

§ 5 der Vereinbarung macht keine Aussage dazu, ob eine Rückwirkung zulässig oder unzulässig ist. Letztlich wird die Oberbürgermeisterin aber von der Zweckverbandsversammlung zur Verwaltungsratsvorsitzenden gewählt. Die LH MD schlägt der Verbandsversammlung lediglich vor.

5.2. Verbandsversammlung des Zweckverbandes Vorlage: DS0362/22

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches 02 Frau Behrendt teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass sich hinsichtlich der rückwirkenden Mitgliedschaft für ihn dieselbe Problematik ergibt. Er macht darauf aufmerksam, dass der ehemalige Bürgermeister Herr Zimmermann schon seit längerer Zeit kein Mitglied der Verbandsversammlung sei und auch kein entsprechender Vertreter benannt wurde. Er bitte auch hier um rechtliche Prüfung.

Die Fachbereichsleiterin Frau Behrendt verweist klarstellend auf die hier eindeutige Regelung in der Satzung des Zweckverbandes und zitiert den § 4 Abs. 5 der Satzung, auf dessen Grundlage die Rückwirkung zum 01. 07. 2022 beruht. Mit dem Ausscheiden des ehemaligen Oberbürgermeisters und dem Tätigkeitswechsel des ehemaligen Bürgermeisters erlischt deren Mitgliedschaft, da der Zweck für diese nicht mehr besteht.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Auffassung des Stadtrates Rösler. Er bittet zu prüfen, ob die benannte Problematik auch in anderen Gremien sowohl für den ehemaligen Oberbürgermeister als auch für den ehemaligen Bürgermeister besteht.

Die Oberbürgermeisterin äußert, dass dies zusätzlich für den ehemaligen Bürgermeister gemacht werden könne, jedoch sei bei allen betreffenden Gremien keine Neubesetzung für den ehemaligen Oberbürgermeister mehr offen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erklärt, der Drucksache zuzustimmen. Mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft von Magdeburger Stadträten im Zweckverband führt er aus, dass unter diesen großer Unmut darüber herrscht, dass der Verband stets in Burg tagt. Stadtrat Müller führt aus,

dass der Tagungsort wohl vertraglich festgelegt wurde, der Stadtrat davon aber keine Kenntnis hatte. Kritisch werde gesehen, dass die Fahrt dorthin auf eigene Kosten erfolgen muss. Auch erhalten die betreffenden Stadträte kein Sitzungsgeld, wovon diese jedoch ausgegangen sind. Er merkt an, dass diese Problematik bereits angesprochen wurde, sich die Situation aber nicht geändert habe. Er schlägt als Kompromiss vor, die Tagungen einmal in Burg und einmal in Magdeburg durchzuführen.

Die Oberbürgermeisterin sagt zu, das bei der nächsten Gelegenheit in der Verbandsversammlung anzusprechen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0362/22 in seiner Sitzung am 06. 10. 2022 zu beschließen.

5.3. Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und
Einmündungen in Stadtfeld-Ost
Vorlage: I0166/22

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Tiefbauamtes Herr Gebhardt teil.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, merkt an, dass der Antrag A0238/20 von ihr bereits vor 1 ½ Jahren gestellt wurde und kritisiert den langen Zeitraum bis zur Vorlage einer entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung. Diese sei genau wie die vorliegende Information sehr knapp ausgefallen. Sie bringt ihre Fassungslosigkeit zum Ausdruck, auf welche Art und Weise der Antrag behandelt wurde und durch die Verwaltung keine Lösung gefunden wurde.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es als grundsätzliches Problem der Verwaltung, dass gerade in den Bereichen, in denen der Stadtrat kein Mitspracherecht hat, Entscheidungen getroffen werden, die keine Lösungen aufzeigen. Dies betreffe auch Straßenverkehrsangelegenheiten. Er vertritt die Auffassung, dass grundsätzlich in der Verwaltung besprochen werden müsste, wie mit den Bürger*innen und dem Stadtrat umgegangen wird.

Die Oberbürgermeisterin unterbreitet den Vorschlag, die Problematik grundsätzlich im Verwaltungsausschuss zu thematisieren, z.B. in Form einer Klausurtagung.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, hält eine Diskussion insgesamt für notwendig. Als Stadtrat möchte er keine Aussage der Verwaltung, dass es keine Lösung gibt, sondern eine Aussage, wie eine Problematik gelöst werden kann.

Eingehend auf die vorliegende Information fordert er ein anderes Arbeiten der Verwaltung, um aufzuzeigen, wie die bestehende Verkehrssituation verändert werden kann, zumal die Situation auch für die Bürger*innen in Stadtfeld-Ost nicht mehr akzeptabel sei. Hier müsse einfach gehandelt werden, da die Situation bereits seit acht Jahren immer wieder thematisiert wird, sich jedoch nichts geändert habe.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Städtepartnerschaftsvertrag mit Dublin (Republik Irland) Vorlage: A0136/22

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, spricht seinen Dank für die Stellungnahme der Verwaltung aus. Er merkt an, dass seine Fraktion hinsichtlich einer Partnerschaft mit einer Stadt in Israel dieselbe Auffassung vertritt, wie die Verwaltung und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Die Oberbürgermeisterin informiert über ihr Vorhaben, die Thematik Städtepartnerschaften mehr in den Fokus nehmen zu wollen, um zu prüfen, welche weiteren Städtepartnerschaften abgeschlossen werden sollen.

Für Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, stellt sich die Frage, ob die Stadt Dublin gewillt ist, eine Städtepartnerschaft zu schließen, zumal dies nach seiner Auffassung mit erheblichen Aufwand verbunden sei, welcher auch mit einer Ablehnung enden könnte. Er sieht es als unüblich an, dass eine Landeshauptstadt eine Städtepartnerschaft mit einer Hauptstadt eines Landes schließt.

Er kündigt die Ablehnung des Antrages an.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, verweist auf die Schwierigkeit, wenn Prüfaufträge zur Beratung in Ausschüsse verwiesen werden. Er verweist darauf, dass Zielstellung des Antrages war, nach Information der Verwaltung über das Prüfergebnis konkretes Handeln zu planen.

Da noch kein konkretes Prüfergebnis vorliegt, stellt er den Antrag für die heutige Sitzung zurück.

6.1.1. Städtepartnerschaftsvereinbarung mit Dublin (Republik Irland) Vorlage: S0278/22

zurückgestellt

6.2. Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen Vorlage: A0099/22

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei; stellt fest, dass das Anliegen bereits umgesetzt wurde und informiert, dass sie bereits ein positives Feedback bekommen habe. Sie spricht ihren Dank für die Umsetzung aus. Sie bittet trotzdem um Zustimmung zum Antrag, um ihren Dank auch im Stadtrat ausdrücken zu können.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, bittet darum, einen 3. Beschlusspunkt in den Antrag aufzunehmen, mit folgendem Wortlaut:

„Die Übertragung von Stadtratssitzungen sollte dahingehend verbessert und bürgerfreundlich gestaltet werden, dass eine Aufteilung des dazugehörigen YouTube-Videos in Kapitel erfolgt, die jeweils auf die einzelnen Tagesordnungspunkte abgestimmt sind. Dies würde dem Zuschauer das Auffinden der für ihn besonders wichtigen Sequenzen erleichtern.“

Hierzu wirft Stadträtin Schumann die Frage auf, ob, wenn dies so beschlossen wird, die Umsetzung ohne großen finanziellen Mittel möglich sei.

Die Leiterin des Teams 3 im Bereich der Oberbürgermeisterin verweist auf die bereits erfolgte Umsetzung des Antrages ohne die Aufwendung finanzieller Mittel noch vor der Beschlussfassung im Stadtrat und legt insbesondere dar, dass darüber hinaus keine weiteren technischen Möglichkeiten für eine Erweiterung des Systems zur Verfügung stehen. Sie merkt an, dass die vorgeschlagene Aufteilung geprüft werden könnte, aber für weitere Veränderungen finanzielle Mittel erforderlich sind.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, erklärt, keine weiteren Veränderungen zu wollen und dass sein Änderungsantrag als Prüfauftrag verstanden werden soll.

Hierzu unterbreitet Stadträtin Schumann den Vorschlag, dass seitens des Stadtrates Kumpf ein eigenständiger Antrag eingebracht wird.

Die Teamleiterin 3 im Bereich der Oberbürgermeisterin sagt eine entsprechende Prüfung auch ohne Prüfauftrag zu.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den Antrag A0099/22 zur Kenntnis.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung des Verwaltungsausschusses erfolgte die zugesagte Prüfung mit folgendem Ergebnis:

In Anbetracht der Länge der Stadtratssitzungen und der kurzen Abstände zwischen den meisten einzelnen Tagesordnungspunkten, ist eine Untersetzung aller TOPs mit Timestamps nicht umsetzbar, da diese einzeln überhaupt nicht anwählbar wären. Allenfalls ist dies für einzelne, die Öffentlichkeit besonders interessierende, Punkte denkbar.

6.2.1. Optimierung der Übertragung der Stadtratssitzungen Vorlage: S0205/22

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Verfügungen den Stadträten zugänglich machen Vorlage: A0072/22

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Platz teil.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, führt erläuternd zum Hintergrund des Antrages aus, dass erster Ansprechpartner für Bürger*innen die Stadträtinnen und Stadträte sind, jedoch oftmals entsprechende Informationen fehlen. So werde die Arbeit der Stadträtinnen und Stadträte durch aufwendige Nachfragen hinsichtlich bestimmter neuer Regelungen erheblich erschwert. Deshalb sollten Verfügungen mit Regelungen, die die Stadt betreffen, zur Verfügung gestellt werden.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist auf die ausführliche Diskussion zur Thematik im Ausschuss KRB. Er äußert, keine Notwendigkeit für die Bereitstellung derartiger Verfügungen zu sehen. Wenn entsprechende Informationen in die Öffentlichkeit kommen sollen, so werde dies über das Land/Polizeibehörde organisiert.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, nicht mit Verfügungen überfrachtet werden zu wollen. Er begründet seine Auffassung, dass, wenn so beschlossen würde, die Bereitstellung nicht nur sicherheits- und ordnungspolitische Verfügungen betreffen, sondern dies für alle Bereiche gelten soll. Dies würde zu einer Überfrachtung von Informationen führen. Er erklärt, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0072/22 in seiner Sitzung am 06. 10. 2022 nicht zu beschließen.

6.3.1. Verfügungen den Stadträten zugänglich machen Vorlage: S0150/22

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4. Vorsorge im Kastastrophenfall Blackout Vorlage: A0076/22

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Platz teil.

Erläuternd zum Anliegen des Antrages verweist Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, auf die aktuelle politische Situation und bezeichnet diese als besten Grund, den vorliegenden Antrag umzusetzen. Er sieht es als grob fahrlässig an, angesichts der bestehenden Energiekrise die beantragten Maßnahmen nicht umzusetzen. Er richtet die Frage an den Beigeordneten Herr Platz, ob dieser dem Verwaltungsausschuss das Angebot unterbreitet, hier die Thematik zu besprechen.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, dass es zur Thematik keines Antrages bedarf, da die Zuständigkeit für ein solches Anliegen im Amt für Brand- und Katastrophenschutz liegt. Dieses habe sich um einen entsprechenden Notfallplan zu kümmern. Sollten sich jedoch Stadträtinnen und Stadträte mit der Thematik beschäftigen wollen, könne das Amt Erläuterungen machen, wie dieser Notfallplan aussieht. Dieses Angebot wurde durch den Ausschuss KRB abgelehnt. Insbesondere macht Herr Platz darauf aufmerksam, dass für diese Thematik der Ausschuss KRB der richtige Fachausschuss sei.

Im Weiteren geht Herr Platz auf Punkt 1. - Ausstattung aller Freiwilligen Feuerwehren in MD mit mobilen Netzersatzanlagen – ein und informiert, dass im Zusammenwirken mit dem Dezernat für Finanzen und Vermögen geprüft werde, ob ein Vorziehen der Maßnahme möglich ist. Er bekräftigt nochmals, dass es für den Katastrophenfall eines entsprechenden Konzeptes bedarf und dieses durch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz erstellt wird. Allerdings könne man für diesen Fall nicht alles bis ins Detail planen. Hierbei müsse auch auf die Eigenverantwortlichkeit der Bürger*innen gesetzt werden, für die seitens des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe entsprechende Anleitungen herausgegeben wurden. Herr Platz legt seine Auffassung dar, dass ausreichendes Informationsmaterial zur Vorsorge bereitsteht.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, äußert seinen Dank für die Stellungnahme der Verwaltung. Im Weiteren gibt er den Hinweis, dass die auf der Webseite der Stadt „Verhalten bei Blackout“ keinen Inhalt habe und schlägt vor, hier eine Verlinkung vorzunehmen, wo weitere Informationen zu finden sind.

Die Oberbürgermeisterin sagt die Umsetzung des Hinweises zu.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0076/22 in seiner Sitzung am 06. 10. 2022 nicht zu beschließen.

6.4.1. Vorsorge im Katastrophenfall Blackout
Vorlage: S0167/22

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.5. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die
zukünftige Preisgestaltung der MVB
Vorlage: A0086/22

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, zeigt sich empört über die Stellungnahme der Verwaltung und verweist auf die Beschlussfassung im Stadtrat, zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 2,8 Mio Euro für die MVB auf Grund des finanziellen Ausfalls durch das 9-Euro-Ticket.

Er stellt den Antrag zurück und bittet darum, zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses einen Vertreter der MVB einzuladen, der seine offenen Fragen zur Thematik beantworten kann.

6.5.1. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die
zukünftige Preisgestaltung der MVB
Vorlage: S0186/22

zurückgestellt

7. Verschiedenes

7.1. GWA Lemsdorf

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf eine Mail an alle Fraktionen hinsichtlich der Verwendung von Fördermitteln durch die GWA Lemsdorf und bittet darum, über das Ergebnis informiert zu werden.

7.2. Konzerthalle

Stadtrat Müller, in seiner Funktion als Vorsitzender des Kulturausschusses, informiert über Missverständnisse hinsichtlich der künftigen Nutzung der Telemann-Konzerthalle. In der letzten Sitzung des Ausschusses im Kloster wurde bei einem Rundgang die Aussage getroffen, dass die Orgel wieder eingebaut wird. In diesem Zusammenhang habe eine Presseveröffentlichung für Irritationen gesorgt.

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass der ehemalige Oberbürgermeister darum gebeten habe, dass in der Konzerthalle die Orgel verbleibt. Er bitte darum, im Rahmen der Wiedereröffnung der Konzerthalle dies zu thematisieren.

Die Oberbürgermeisterin bestätigt, dass in der Dienstberatung die Thematik diskutiert wurde und der ehemalige Oberbürgermeister auf den Einbau der Orgel bestanden hat. Sie sichert zu, diese Position im Rahmen der Pressekonferenz zur Wiedereröffnung am 13. 09. 2022 zu vertreten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Simone Borris
Vorsitzende

Andrea Behne
Schriftführerin